

## Anlage 4

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates  
am 19.02.2010 – Punkt 2 ö. S. –

---

### **E t a t r e d e 2 0 1 0**

des Ratsmitgliedes Stephan Wefelscheid  
namens der BIZ-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren Kollegen,

mit den Worten „Vor uns steht wahrlich ein schreckliches Jahr!“, eröffnete der Oberbürgermeister im Dezember seine Rede zum Haushaltsplan 2010. Nun, gut zwei Monate später, stehen wir mitten drin in der schärfsten Haushaltskrise der Nachkriegszeit.

Jeder im Rat wusste was auf uns zukommt.

Die Fraktionen haben beraten, im Haupt- und Finanzausschuss wurde der Haushaltsentwurf drei Tage im Detail Seite für Seite besprochen – geändert hat sich im Ergebnis jedoch nicht viel:

Der Ergebnishaushalt weist im vorgelegten Entwurf weiterhin ein Defizit von über 72 Millionen Euro aus, im Finanzhaushalt klafft ein Finanzmittelfehlbetrag von sage und schreibe 103 Millionen Euro! Oder anders gesagt: Der Schuldenberg der Stadt Koblenz wird sich allein in diesem Jahr von 280 Millionen Euro auf weit über 300 Millionen erhöhen!

Der Ergebnishaushalt, der den tatsächlichen Ressourcenverbrauch der Stadt Koblenz im Jahr 2010 darstellt, führt uns mit aller Deutlichkeit vor Augen: Wir leben momentan weit über unseren Verhältnissen!

Ausgehend von einem Eigenkapital zum Stichtag 31. Dezember 2009 in Höhe von gerundet 586 Millionen Euro und einem gleich bleibenden Jahresfehlbetrag von 72 Millionen Euro bleiben der Stadt Koblenz noch etwa 8 Jahre, bis ihr Eigenkapital vollständig verbraucht ist.

Dann „gehört“ – wenn man das so sagen mag - das gesamte Anlagevermögen, also jede Straße, jedes Gebäude, jeder Park, den Fremdkapitalgebern. Hier zeichnet sich ein Vermögensverzehr ab, der schon in sehr naher Zukunft dazu führen kann, dass das gemeindliche Vermögen zur Aufgabenerfüllung nicht mehr ausreicht.

Dem nicht genug weist der Finanzhaushalt einen Finanzmittelfehlbedarf von über 100 Millionen Euro aus. Das heißt, dass die Stadt Koblenz dieses Jahr gezwungen sein wird, ihre Liquidität in einem nie dagewesenen Ausmaße durch kurzfristige Liquiditätskredite (das sind die bisherigen Kassenkredite) zu sichern. Solche Liquiditätskredite - wenn man so will das öffentliche Gegenstück zu Dispositionskrediten eines Privatmannes - sind notwendig, damit die Stadt Koblenz überhaupt noch die Gehälter der Beamten und Bediensteten und offene Rechnungen pünktlich bezahlen kann. Ein Trend, der aber auch andernorts zu beobachten ist - leider.

1992 lagen die Liquidität absichernden kurzfristigen Kredite bundesweit bei gut einer Milliarde Euro, Ende September 2009 waren es 33,8 Milliarden Euro, bei steigender Tendenz! Mit 3 1/2 Milliarden Euro oder umgerechnet fast 900 Euro je Einwohner, lag das Volumen dieser Kredite in Rheinland-Pfalz bereits 2008 auf dem zweithöchsten Wert im Bundesgebiet. Insofern kann ich der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frau Petra Roth, nur Recht geben, wenn sie hinsichtlich der dramatischen Überziehung „kommunaler Dispo`s“ eine kleine Zeitbombe ticken hört.

Aktuell sind die Zinssätze aufgrund der Finanzmarktkrise zwar noch im Keller. Sollte die wirtschaftliche Großwetterlage sich aber wieder stabilisieren, was wir natürlich alle hoffen, werden höhere Zinssätze bei weiter steigenden Schulden eine dramatische Sprengkraft für die

kommunalen Haushalte entwickeln. Der Vermögensverzehr wird dadurch überproportional steigen.

Wenn man nun noch bedenkt, dass bereits heute in Koblenz die Tilgung von Investitionskrediten in der Regel über die Aufnahme von Liquiditätskrediten erfolgt, erlangt die künftige Zinsentwicklung noch mal eine besondere Brisanz! Ein Teufelskreis, der unbedingt durchbrochen werden muss, um die grundlegende Aufgabenerfüllung der Stadt Koblenz auch in naher Zukunft noch gewährleisten zu können.

a) Ursachen

Was hat uns in diese Situation gebracht?

Die Ursachen dieser Entwicklung sind zum einen struktureller Natur, zum anderen aber auch hausgemacht.

Ein Steuereinbruch bei der alles dominierenden Gewerbesteuer von 40 Millionen Euro bei gleichzeitig steigenden Pflichtausgaben und explosiv gestiegenem Investitionsvolumen ist kaum zu verkraften. Bereits der Etat „Jugend und Soziales“ liegt bei unglaublichen 116 Millionen Euro, bei einer Unterdeckung von 70,3 Millionen Euro! Allein der Anteil für „Aufwendungen der sozialen Sicherung“ im Produkt 3121 „Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)“ steigt in diesem Jahr von 19,7 Millionen Euro auf derzeit geschätzte 24 Millionen Euro, also eine Steigerung um fast ein Viertel. Gegenüber 2009 sind die Belastungen im Teilhaushalt „Jugend und Soziales“ damit um fast 8 Prozent gestiegen!

Ein Trend, der leider ebenfalls bundesweit zu beobachten ist. Nach der Wiedervereinigung gaben Deutschlands Städte und Gemeinden 1992 rund 22 Milliarden Euro für Sozialausgaben aus – 2009 waren es bereits 40 Milliarden Euro. 2010 werden es voraussichtlich knapp 42 Milliarden sein. Tendenz steigend. Sollte sich die Finanz- und Wirtschaftskrise weiter verschärfen, z.B. Griechenland unter der Schuldenlast zusammenbrechen, wird sich dieser Trend vermutlich noch weiter verstärken. Das würde dann selbst der wohlhabendsten Gemeinde auf Dauer das Genick brechen.

Diese Entwicklung zeigt aber auch ganz deutlich, dass wir im Moment nicht nur eine konjunkturelle Krise durchlaufen, sondern eine strukturelle! Die Struktur der kommunalen Finanzierung ist extrem Konjunkturabhängig – eine Schwäche auf die Experten seit langer Zeit hingewiesen haben.

Nun müsste man glauben, dass die Damen und Herren Politiker der „großen Politik“ in Mainz und Berlin für diese strukturellen Defizite Lösungen zu bieten hätten. Stattdessen aber werden von FDP und CDU Steuergeschenke an Hoteliers verteilt und die Kommunen mit dem sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz weiter belastet.

Daher muss ich der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frau Petra Roth, auch in diesem Punkt beipflichten, wenn sie sagt: Das Durchreichen steuerlicher Be- und Entlastungen in die Kommunen ist Berliner Kosmetik, die in Koblenz und anderswo bezahlt werden muss! Noch mehr Berliner` Steuersenkungen können wir nicht verkraften. Die Wahlversprechen der Tigerenten Koalition von CDU und FDP bringen auch in Koblenz nur weitere Zinsbelastungen und kosten unsere Zukunft!

An dieser Stelle kann ich daher an die Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU nur appellieren, ihre innerparteilichen Mandate zum Einwirken auf ihre Minister und Abgeordneten zu nutzen, um eine strukturelle Veränderungen der Gemeindefinanzierung schnellstmöglich zu erreichen.

Neben diesen im Wesentlichen durch Bundespolitik vorgegebenen Pflichtaufgaben im Sozialbereich sind aber auch die steigenden Kosten im Personaletat zu nennen. Der Personalaufwand incl. Versorgungsaufwendungen liegt mit gut 80 Millionen Euro 2010 so hoch wie noch nie!

Besonders kritisch in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, dass die Stadt Koblenz zum 31. Dezember 2008 lediglich Versorgungsrücklagen in Form von Anteilen am kommunalen Versorgungsrücklagen-Fonds in Höhe von knapp 2 Millionen Euro auswies. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn ausweislich der Bilanz vom 01. Januar 2009 liegen die Rückstellungen für Pensionen bei gerundet 127 Millionen Euro, die für beamtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu leisten sein werden. Damit werden die kommenden Zahlungsverpflichtungen, welche die Stadt Koblenz eingegangen ist, schon bezifferbar, auch wenn sie noch nicht zahlungswirksam sind. Hier tickt eine weitere finanzielle Zeitbombe beachtlichen Ausmaßes.

Es wird immer deutlicher, dass die Umsetzung des vom Stadtrat richtigerweise in der letzten Wahlperiode beschlossenen Personalentwicklungskonzeptes zwingend notwendig ist. Eine der wichtigsten Aufgaben, die auf den neuen Oberbürgermeister zukommen werden.

Ungeachtet dieser strukturellen Probleme sind aber gerade im investiven Bereich einige Umstände für diese defizitäre Situation auch hausgemacht.

Bei einer Nettoneuverschuldung für Investitionen in Höhe von über 33 Millionen Euro kann man keinesfalls mehr, wie der Herr Oberbürgermeister im Dezember in seiner Rede zum Haushaltsplan 2010 vorgetragen, von kreditfinanzierter Investitionstätigkeit mit Augenmaß sprechen. Vielmehr hat diese Investitionstätigkeit jegliches Augenmaß verloren.

Zwar hat der Bundesgesetzgeber in § 16 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft die Gemeinden in die gesamtstaatliche Konjunkturpolitik einbezogen, so dass man unterstellen mag, dass die Gemeinden in der Rezession ihre Ausgaben nicht drosseln sollen. Gleichsam sind jedoch seit einigen Jahren auch die Stabilitätskriterien des Maastrich-Vertrages zu beachten, wonach die Gemeinden ihre Haushalte so gestalten sollen, dass das öffentliche Gesamtdefizit 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes nicht übersteigt.

Mit der BUGA 2011 wird ein Großprojekt realisiert, dessen Umsetzung im Vorfeld verhältnismäßig große Investitionen notwendig macht. Eine Menge Erdreich wurde dafür bereits bewegt. Für die heimische Wirtschaft mag der Zeitpunkt der BUGA in der Tat als glücklich erscheinen, wirken sich doch die Investitionen in die Umbaumaßnahmen am Schloss, in den Rheinanlagen, in Ehrenbreitstein und auf der Festung Ehrenbreitstein wie ein eigenes kleines regionales Konjunkturprogramm aus. Ich mag an dieser Stelle aber nicht verhehlen, dass bei aller Euphorie für die BUGA 2011 auch ein erhebliches finanzielles Risiko damit verbunden ist. Ob die Kosten-/Nutzenrechnung am Ende für die BUGA 2011 positiv ausfallen wird, lässt sich derzeit jedoch noch nicht abschätzen. Spätestens 2012 wissen wir mehr.

Andere Investitionen hingegen sind in ihrer derzeitigen Planung weder aus konjunkturpolitischen Gründen noch aus dem Gebot dringender Eilbedürftigkeit zwingend notwendig.

So wird z.B. der Ausbau der Löhrrstraße im Bereich Löhrrondel einschließlich Haltestelle Hohenfelder Straße nicht nur 11 Platanen das Leben kosten, sondern auch mit ca. 1 ½ Millionen Euro zu Buche schlagen. Eine Investition, die angesichts leerer Kassen wahrlich auf den Prüfstand gehört hätte.

Ebenso verhält es sich mit dem Ausbau der Rhein-Mosel Halle zum Kongresszentrum, der im Wirtschaftsplan der Koblenz-Touristik mit 14 Millionen Euro veranschlagt ist. Anbetracht der unsicheren weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und mangels aussagekräftiger, belastbarer Wirtschaftlichkeitsstudien zu dem grundsätzlichen Bedarf eines Tagungs- und Kongresszentrums dieses Ausmaßes, wäre es vernünftiger gewesen, die Rhein-Mosel-Halle lediglich kostengünstig zu sanieren.

Zudem besteht die ernstzunehmende Gefahr der Schaffung von Doppelstrukturen auf Kosten des Steuerzahlers. Denn wie zwischenzeitig allgemein bekannt, hat der Stadtrat den Mietvertrag über die 30-jährige Anmietung des Mitteltraktes des Schlosses, unter anderem für Tagungs- und Kongresszwecke, für 11 Tausend Euro zzgl. Nebenkosten pro Monat bewilligt. Hinzu kommen außerdem Umbaukosten in Höhe von 2,2 Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Investition in den Ausbau der Rhein-Mosel Halle wirklich zwingend in dieser Größenordnung notwendig ist.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle auf ein weiteres Sorgenkind eingehen zu müssen: den Eigenbetrieb Koblenz-Touristik.

Der Erfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2010 schließt mit einem Jahresverlust von gerundet 1,4 Millionen Euro. Bereits 2009 betrug der Jahresverlust etwa 2,5 Millionen Euro. Damit kommt der Eigenbetrieb Koblenz-Touristik seiner sich aus den einschlägigen Bestimmungen der Gemeindeordnung und Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung ergebenden Verpflichtung zur Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung im laufenden Wirtschaftsjahr abermals planmäßig nicht nach.

In Anbetracht der Tatsache, dass 2010, ebenso wie 2009, kein Jahresgewinn zu erzielen ist, die Erträge, insbesondere die KEVAG-Dividenden, rückläufig sind und dies bei konstant hohen Aufwendungen, ist die vorgesehene Kreditermächtigung von 17,8 Millionen Euro nicht

vertretbar. Hinzu kommt, dass die Leistungserbringungen des Eigenbetrieb Koblenz-Touristik regelmäßig dem freiwilligen Leistungsbereich zuzurechnen sind. Insofern ist ernsthaft darüber nachzudenken, die geplanten Investitionen zumindest in den Um- und Ausbau der Rhein-Mosel-Halle vorerst zurückzustellen. Eine Neuverschuldung von 17,8 Millionen Euro gefährdet die dauernde Leistungsfähigkeit des Eigenbetrieb Koblenz-Touristik und belastet die Stadt Koblenz.

Sollte der Rat dem vorgeschlagenen Wirtschaftsplan der Koblenz-Touristik dennoch zustimmen, müsste zumindest aufgrund der erheblich defizitären Lage dieses Eigenbetriebes die Genehmigung des Stadtvorstandes zur dauerhaften Überprüfung des Eigenbetrieb Koblenz-Touristik durch das Rechnungsprüfungsamt, respektive durch den Rechnungsprüfungsausschuss, erteilt werden. Der Rat muss die Möglichkeit erhalten, insbesondere einen Blick in die Details der Aufwendungen werfen zu dürfen. Wer auf Kosten der Stadt wirtschaftet, muss auch entsprechend vom Rat kontrolliert werden dürfen!

Die BIZ Fraktion wird den künftigen Oberbürgermeister nach Amtsantritt um Erteilung dieser Genehmigung ersuchen.

Ohne auf diesen Punkt allzu breit eingehen zu wollen, werde ich Ihnen nicht ersparen können, ebenfalls auch die Investitionstätigkeit zur Umgestaltung des Zentralplatzes in Frage stellen zu müssen. Allein 2010 weist der Investitionshaushalt für die Rückbaumaßnahmen, insbesondere hinsichtlich des Hertiegebäudes und der Tiefgarage, ein Saldo von ca. Minus 4,8 Millionen Euro aus. Straßenbaumaßnahmen im Umfeld des Zentralplatzes werden weitere 500 Tausend Euro verschlingen. Dabei fangen die Kosten für dieses Projekt, gerade im Hinblick auf den Innenausbau des Kulturhybriden, jetzt erst richtig an zu laufen. Ein Ende ist da vorerst nicht absehbar. Welche Alternativen zu der Bebauung des Zentralplatzes mit einem Shoppingcenter und einem Kulturhybriden bestehen, hat die BIZ Fraktion hinreichend dargetan. Wir halten das gesamte Projekt „Forum-Mittelrhein“ nach wie vor für einsparungswürdig. Die Kosten hierfür stehen angesichts leerer Kassen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Auch hier wäre dringendes Umdenken schon allein aus Gründen der Haushaltskonsolidierung geboten.

Womit wir beim Thema Haushaltskonsolidierung und den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen angelangt wären.

## b) Postulat des ausgeglichenen Haushaltes

Nun, zwar sollte die zeitliche Streckung oder gänzlich der Verzicht auf Investitionen nur ultima Ratio sein – bei einer defizitären Haushaltslage, wie der der Stadt Koblenz, wäre dies aber eine dringend gebotene kurzfristige Konsolidierungsmaßnahme. In Ihrer Verfügung zum Haushalt 2009 hat die ADD zu Recht bereits verstärkte Konsolidierungsmaßnahmen und eine äußerste Ausgabendisziplin gefordert. Danach ist durch eine ernsthafte Aufgabenkritik und durch nachhaltige Eingriffe in das bestehende Leistungsangebot auf eine verbesserte Haushalts- und Finanzlage hinzuwirken. Hierfür ist es notwendig, Mittelbedarfe zu überprüfen. Auch bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung und Auftragsangelegenheiten wird es für geboten angesehen, sich auf die Bereitstellung der notwendigen Grundausstattung zu konzentrieren. Die defizitäre Haushalts- und Finanzlage verbietet es regelmäßig, finanzielle Mittel für neue oder zusätzliche freiwillige Aufgaben bereitzustellen. Zumindest sollte in geeigneter Weise in allen Planungsjahren eine Nettoneuverschuldung vermieden werden. Denn nur so kann künftigen Generationen ein angemessener finanzieller Gestaltungsspielraum verschafft und Vorsorge für die in der Zukunft liegenden weiteren Belastungen getroffen werden. Diesen Vorgaben ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Denn bei ihrer Verfügung orientiert sich die ADD lediglich an den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen des § 93 GemO, die den essentiellen Rahmen für die kommunale Haushaltsführung bilden, nämlich das Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, des Haushaltsausgleichs, der Sicherung der Zahlungsfähigkeit und dem Verbot der Überschuldung. Die Gemeinden haben danach ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu gestalten, dass sie ihre Aufgaben dauerhaft wahrnehmen können. Insbesondere das Postulat des Haushaltsausgleichs ist von zentraler Bedeutung. Dieser ist nur dann erfüllt, wenn die Gemeinde neben ihren Aufwendungen auch die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen aus ihren Erträgen erwirtschaften kann.

Dies ist jedoch in Koblenz mit diesem Haushalt nicht mehr gegeben. Bei einem Defizit im Ergebnishaushalt von 72 Millionen Euro erfolgt ein Vermögensverzehr, der dazu führen kann, dass das städtische Vermögen in naher Zukunft zur Aufgabenerfüllung nicht mehr ausreicht.

Wie bereits eingangs dargetan, droht bei gleichbleibender Entwicklung in spätestens 8 Jahren die Überschuldung, nämlich dann, wenn in der Bilanz ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auszuweisen ist.

Angesichts dieser Lage ist insbesondere in Koblenz die Kürzung der Investitionen, insbesondere der Verzicht auf noch nicht begonnene Großprojekte, als kurzfristige Konsolidierungsmaßnahme unverzichtbar.

Neben erhöhten Bemühungen um effizienzsteigernde Maßnahmen, wie der Straffung von Verwaltungsabläufen sowie der Einleitung grundlegend struktureller Reformen, insbesondere in der Personalentwicklung, ist die Aufgabenkritik zudem als weiteres Element längerfristiger Konsolidierungsmaßnahmen unbedingt erforderlich.

Ein „Weiter so“ gepaart mit dem Prinzip Hoffnung wird uns nicht helfen.

Ich komme zurück auf den Eingang meiner Rede.

Zu Beginn der Haushaltsberatungen wusste jeder im Rat welcher Haushaltsentwurf auf uns zukommt. Nicht umsonst habe ich deshalb für die BIZ-Fraktion zu Beginn der Haushaltsberatungen die Frage gestellt, mit welcher Zielvorgabe die Haushaltsberatungen eigentlich geführt werden sollen. Angesichts des vorgelegten extrem defizitären Ergebnishaushaltes wäre es ratsam gewesen, sich zu Beginn des Haushaltsverfahrens einen so genannten Eckwertebeschluss zu setzen, in dem der finanzwirtschaftliche Rahmen für das Haushaltsjahr 2010 zu setzen und abzustecken gewesen wäre und erst danach durch Einzelveranschlagung der Fachverwaltung ausgefüllt worden wäre. Ein etwaig dennoch auszuweisender Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung hätte sodann Anlass gegeben, ein so genanntes Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Darin hätten die Überlegungen münden können, wie innerhalb der nächsten 5 Jahre der Ausgleich des diesjährigen Fehlbetrages erreicht werden kann. Diese Chance wurde vorerst vertan. Es gibt noch keinen Eckwertebeschluss und noch kein Haushaltssicherungskonzept. Ich sage noch – dies deshalb, weil davon auszugehen ist, dass die ADD sich angesichts eines Defizites von 72,7 Millionen

Euro dieses Jahr wohl nicht nur mit der Erstellung eines Nachtragshaushaltes zu Frieden geben dürfte. Das heißt aber auch, dass bis zur Verfügung der ADD tunlichst von Spatenstichen, Baumfällungen ect. bei noch nicht begonnen Großprojekten abgesehen werden sollte.

Was müssen wir tun um in Zukunft die notwendigen Schritte rechtzeitig einzuleiten?

Der politische Wille ist dafür entscheiden. Lassen Sie uns ein Beispiel nehmen an anderen Städten, die sich in ähnlicher Lage befanden, wie z.B. an Esslingen.

Auch in Esslingen brach die Gewerbesteuer dramatisch weg. Doch die Stadt steuerte gegen, dank einer Allianz aller Parteien. Und bisher mit Unterstützung der Bevölkerung. Dort wurde im Auftrag des Stadtrates eine umfangreiche Spar- und Streichliste auf der Grundlage eines Eckwertebeschlusses durch die Verwaltung erstellt. 85 Sparmaßnahmen, durchzuführen von 2010 bis 2013, bei gleichzeitiger Durchführung langfristiger Konsolidierungsmaßnahmen, wie der Straffung von Verwaltungsabläufen sowie der Einleitung grundlegend struktureller Reformen, insbesondere in der Personalentwicklung.

Solange der Stadtrat zu derartigen Maßnahmen aber nicht bereit ist, sondern lediglich in Betracht zieht, die Einnahmen durch Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B zu erhöhen, wird die BIZ-Fraktion den eingeschlagenen Kurs nicht mit tragen. Einer Erhöhung der Abgabenlast können wir so nicht zustimmen.

Mangels schlüssigem Gesamtkonzept, wie das veranschlagte Jahresdefizit von 72,6 Millionen Euro zukünftig zurückgeführt werden soll, werden wir daher auch diesen Haushaltsentwurf ebenfalls ablehnen müssen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!